

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

**Abonnement**  
viertelj. 1 M. 25 Pf. einschließl.  
des „Mustr. Unterhaltungsbl.“  
u. der Humor. Beilage „Seifen-  
blasen“ in der Expedition, bei  
unseren Boten sowie bei allen  
Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

**Erscheint**  
wöchentlich drei Mal und zwar  
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-  
abend. Insertionspreis: die  
kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im  
amtlichen Teile die gespaltene  
Zeile 30 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Nr. 210.

**Nr. 66.**

56. Jahrgang.

Dienstag, den 8. Juni

**1909.**

**Mittwoch, den 9. Juni 1909, nachmittags 2 Uhr**

soll zu **Hundshübel** ein **Pianino** an den Meistbietenden gegen sofortige Barzahlung versteigert werden. Vielerversammlung: **Wöckels Gasthof**,  
Eibenstock, den 7. Juni 1909.  
**Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts.**

### Wieder nach Berlin.

Abermals sind die deutschen Finanzminister auf der Reise nach der Reichshauptstadt begriffen, um mit der Reichs-Reform sich zum vierten oder fünften Male in diesem Winter zu befassen und frische Früchte vom Baume der Reichssteuer zu pflücken. Man kann annehmen, daß von den Kommissionsbeschlüssen die meisten die Zustimmung der Erzzellenen finden werden, daß aber auch wieder das Ur-Projekt der verbündeten Regierungen von der Erbschafts- oder Erbanfallsteuer aus der Versunkenheit, in welche es die neue Kommissions-Mehrheit verwies, austauschen wird. Dazu kommt dann als weiterer Hauptpunkt die Behandlg. der Börsensteuer, und als spezieller Differenzpunkt zwischen den Liberalen und Konservativen der Beschluß der aus Konservativen und Zentrum bestehenden neuen Kommissions-Majorität über die Branntweinsteuer. Die Summen, welche die deutschen Regierungen wünschen, sind ihnen ja angeboten, aber Fürst Bülow will seine persönliche Schöpfung, den Bloch nicht zerbrechen lassen. Und dazu ruft er die deutschen Finanzminister zu Hilfe!

Noch hat er das Hoffen nicht verlernt, und da wir nicht weit von der Zeit des Johannistriebes mehr entfernt sind, ist es ja recht wohl möglich, daß aus dem Stamm des Blochs, der auch unter den Winter-Unbilden beträchtlich gelitten hatte, frisches und frohes Grün hervorprospriert. Allerdings hat auch das Niemand gesagt, daß Jemand der Zentrums-Partei das Recht, an der Schaffung der Finanz-Reform mitzuarbeiten, verwehren würde, wenn die Fraktion ganze Arbeit machen will. Sie hat die letztere ja auch in der Kommission schon mit den Konservativen gemacht, nur nicht mit der Erbanfallsteuer, wie der Kanzler es wünschte. Optimisten glauben, daß etwas ganz neues herausgefunden werden wird, was die teilweise Mitwirkung selbst der Zentrums-Partei ermöglicht. Nachdem Graf Zeppelin 38 Stunden in der Luft geblieben ist, kann ja beim fünften oder sechsten Hieb auch die Finanzreform fertig werden.

Vielleicht tut das Wort des früheren Staatssekretärs Grafen Posadowsky auf dem Heilbronner sozialen Kongresse, daß der Reichstag statt der verlangten 500 Millionen neuer Abgaben eigentlich 700 bewilligen müsse, um ein für alle Male aus der Finanz-Misere herauszukommen, seine Wirkung. Mag ein gar zu unrichtig rechnender Staatsmann an diese Möglichkeit denken, daß man sich in der Bevölkerung für diesen Steuerzuschlag von 700 Millionen begeistern wird, ist doch nicht anzunehmen. Und damit dürfte im Reichstage die Erkenntnis dämmern, daß es besser ist, mit den Steuerfragen zu einem Abschluß zu kommen, als bis unerlöste Wünsche sich zu Möglichkeiten verdichten. Denn den Steuerzahlern stehen ja für diesen Sommer noch andere Steuerfreuden bevor, z. B. in ganz Preußen durch die Erhebung des prozentualer steigenden Extra-Zuschlages zur staatlichen Einkommensteuer, aus dem die Erhöhungen der Beamtenbesoldungen gedeckt werden sollen. Auch in anderen Staaten stehen diese Zuschläge bevor, an welche zur Stunde die meisten Steuerzahler noch gar nicht denken.

Im schattigen Garten des Reichskanzler-Palais in Berlin sieht es sich jetzt behaglich und kühl unter den alten Eichen, die schon so manche bedeutsame Entscheidung gesehen haben. Da wird bei einem kühlen Trunk der Kanzler wohl nochmal das Eisen zu schmieden suchen, weil niemandem behaglich ist bei dem Gedanken an Reichstags-Auflösung, Neuwahlen und sonstige unliebsame Dinge. Jedenfalls ist Fürst Bülow ein großer Optimist, und das ist bei unseren heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen besser, wie das Gegenteil. Denn dann würden längst die Spähne fliegen!

### Tagesgeschichte.

— Deutschland. Die Zwei-Kaiser-Begegnung auf der Ostsee, für die ein bestimmter Termin auch heute noch nicht festgesetzt oder doch nicht bekannt gegeben ist, wird zweifellos in der dritten Juni-Woche stattfinden. Die „Nat. Ztg.“ will wissen, daß gelegentlich des Frühstücks, zu dem sich unser Kaiser

beim Reichskanzler angesagt hatte, und an dem auch der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schön teilnahm, die bevorstehende Entrevue zur Sprache gekommen ist. An Stelle des Reichskanzlers Fürsten von Bülow, der an diesen Tagen durch die Plenarverhandlungen über die Finanzreform in Anspruch genommen ist, wird wahrscheinlich der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schön unsern Kaiser nach den finnischen Schären begleiten. — Die „Hohenzollern“, auf der die Vorbereitungen für die Fahrt bereits beendet sind, wird nicht nur von dem kleinen Kreuzer „Hamburg“ und dem Depeschboot „Sleipner“, sondern wahrscheinlich auch noch von einem größeren Kriegsschiff begleitet werden. Die Abfahrt aus dem Kieler Kriegshafen soll schon am 10. Juni stattfinden. — Den fortgesetzten Bemühungen Londoner Blätter, die Zusammenkunft als gegen England und Frankreich gerichtet darzustellen, und daher den Anschein zu erwecken, als erfolge die Zusammenkunft auf eine Anregung des deutschen Kaisers hin, tritt auch die „Nat. Ztg.“ entschieden entgegen. Weil die der Wahrheit widersprechende Entstellung voraussehen war, so hat man eben gleich bei der ersten amtlichen Veröffentlichung über den Kaiserbesuch ausdrücklich hervorgehoben, daß die Anregung dazu vom Kaiser von Rußland ausgegangen sei. Aber gewisse Londoner Blätter brauchen die Verdrehung der Tatsache, um ihr Lügen- und Intrigen-Gewebe fortspinnen zu können, und daher hat auch das englische Telegraphen-Büreau die falsche Angabe überallhin ins Ausland gelabelt, um namentlich in Japan und Amerika für die Aufnahme von allerlei Verdächtigungen Deutschlands den Boden vorzubereiten. — Die Pariser Blätter sind im allgemeinen netter. Einige von ihnen konstatieren ganz unbefangen, daß die politische Bedeutung der Entrevue einzig darin bestehe, von der Fortdauer der ungetrübten Beziehungen zwischen beiden Souveränen einen öffentlichen Beweis zu geben und zu zeigen, daß ungeachtet aller Gerüchte die traditionelle Politik beider Länder gleich geblieben sei.

— Das deutsche Kronprinzenpaar beabsichtigt im Juli dem König und der Königin von England in Windsor einen Besuch abzustatten, zu dem König Eduard während seines Berliner Besuches im Februar d. J. eingeladen hatte. So berichtet die „Nat. Ztg.“, indem sie bemerkt, daß die falschen Angaben über einen längeren Sommeraufenthalt unsres Kaisers in England wohl auf eine Verwechslung mit der Besuchreise des Kronprinzenpaares zurückzuführen seien.

— Fürstlichkeiten beim Kaisermandöver. Wie die Korrespondenz „Deer und Politik“ von militärischer Seite erzählt, wird bei den diesjährigen Kaisermandövern die Teilnahme der deutschen Bundesfürsten, sowie anderer Fürstlichkeiten eine sehr bedeutende sein. Außer den bayerischen Prinzen, die zum Teil aktiv am Kaisermandöver teilnehmen, wird voraussichtlich der König von Sachsen den militärischen Truppenübungen beiwohnen, gleicherweise wie der Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha und der Großherzog von Sachsen-Weimar. Ueber die Teilnahme des Königs von Württemberg ist ein definitiver Entschluß noch nicht bekannt geworden. Er hat jedoch seine Anwesenheit in Aussicht gestellt. Von den Kaiserföhnen wird voraussichtlich Prinz Eitel Friedrich auf dem Mandöverfeld erscheinen. Auch Generalfeldmarschall von Haeseler wird dem Mandöver beiwohnen. Bekannt ist schon, daß der österreichische Erzherzog-Thronfolger eine Einladung des Kaisers zu den Mandövern erhalten und angenommen hat.

— Zur Reichsfinanzreform. Am morgigen Dienstag treten nun die Finanzminister der Einzelstaaten in Berlin zusammen, um sowohl die Steuervorschläge der Finanzkommission wie die Ergänzungs-Vorlagen des Reichschattektretärs Sydow zu prüfen. Es wäre wünschenswert, daß die Öffentlichkeit, die nun gerade lange genug in Erregung gehalten worden ist, so schnell wie möglich über die bei dieser Gelegenheit gefaßten Beschlüsse in Kenntnis gesetzt würde. Die immer wieder auftauchenden Gerüchte, Staatssekretär Sydow gedanke seinen Posten zu verlassen, werden von der „Nat. Ztg.“ ausdrücklich für völlig grundlos erklärt. Ebenso gewiß sind

aber auch die andern Angaben aus der Luft gegriffen, nach denen Fürst Bülow nur durch den Widerstand der süddeutschen Bundesregierungen gehindert worden, die der Regierung von Konservativen und Zentrum angebotenen neuen Steuern zu akzeptieren und auf die Erbanfallsteuer zu verzichten. Es ist doch klar, daß gerade der Reichskanzler das größte Interesse daran hat, die Finanzreform von dem Bloch, seiner ureigensten Schöpfung gemacht zu sehen. Der Reichskanzler ist mit den einzelstaatlichen Regierungen in der Reformfrage offenbar durchaus einer Meinung. — Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt, daß gegen die neuen Steuervorschläge der Finanzkommission formale und insbesondere gegen die Steuern auf Wertpapiere, gegen die Mühlen-Umsatzsteuer und den Kohlen Ausfuhrzoll noch schwerer wiegende sachliche Bedenken sprächen. — Angesichts der großen Gefahren und verhängnisvollen Folgen der Steuer auf Wertpapiere für Deutschlands Handel und Industrie ist es durchaus verständlich, wenn die berufenen Organisationen dieser Erwerbs-Zweige sich zusammengenagt haben und Protest erheben. Weder der Reichstag noch die verbündeten Regierungen werden den wohl begründeten Widerspruch für seine Staatswirtschaft hochbedeutungsvollen Erwerbszweige unbeachtet lassen dürfen. Die Mühlen-Umsatzsteuer würde einem großen, blühenden Gewerbe schweren Schaden zufügen. Der Kohlenausfuhrzoll würde nicht die Grubenbesitzer treffen, sondern auf die Konsumenten abgewälzt werden, wodurch der deutschen Industrie der internationale Wettbewerb weiter erschwert werden würde. So die „Nordd. Allg. Ztg.“, das Organ des Reichskanzlers Fürsten v. Bülow! — Die Reichs-Partei wird ihrem ursprünglichem Entschlusse getreu für die Erbanfallsteuer und nicht für die neuen Besitzsteuer-Vorschläge der Konservativen und des Zentrums eintreten.

— Die neue Reichsverfassungs-Ordnung wird an diesem Montag einer gründlichen Beratung durch die zuständigen Bundesratsausschüsse unter dem Vorsitz des Staatssekretärs v. Behtmann-Hollweg unterzogen. Am 21. und 22. d. M. wird sich die Elber-Kommission der deutschen Landes-Vericherungsanstalten mit der Sache in Jena beschäftigen.

— Der deutsche Flottenverein wurde zu seiner 9. Hauptversammlung in Kiel vom Prinzen Heinrich, dem Bruder unsres Kaisers, begrüßt, nachdem der Vorsitzende Groß-Admiral von Köster und der geschäftsführende Vorsitzende Konter-Admiral a. D. Weber ihre Referate erstattet hatten. Danach wurde ein Guldigungstelegramm an den Kaiser abgefaßt. Prinz Heinrich führte in seiner bedeutungsvollen Ansprache u. a. aus: Ich begrüße Sie um so freudiger, als der deutsche Flottenverein nun wieder in Eintracht zusammensteht. Das Gewitter hat hoffentlich reinigend gewirkt, so daß die barometrische Depression über dem Verein ein für allemal geschwunden ist. Der Prinz gedachte anerkennend des früheren Präsidenten, Fürsten von Salm-Horstmar, dankte dem Großadmiral von Köster für seine Bemühungen um die Wiederherstellung des Friedens und zog dann die Richtlinien für die Tätigkeit des Vereins, indem er bemerkte: Es kann nicht meine Aufgabe sein, einen absolut selbständigen Verein beeinflussen zu wollen, aber den Rat darf ich aussprechen, daß der Verein seine Tätigkeit entfalten möge im Rahmen des Flottengesetzes. Ein Festhalten an diesem Gesetz würde mir richtig erscheinen als Grundlage der Tätigkeit Ihres Vereins. — Damit weist also Prinz Heinrich gelegentliche Vorwürfe von Vereins-Angehörigen, Staatssekretär Tirpitz gehe mit den Flottenrüstungen zu langsam vorwärts, zurück und mißbilligt gleichzeitig die ab und zu aufgetretene Propaganda für den Bau neuer Kriegsschiffe über das Flottengesetz hinaus. — Großadmiral von Köster empfahl die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft an den Fürsten zu Salm, der leider eine Wiedermahl zum Präsidenten des deutschen Flottenvereins ablehnen zu müssen glaubte. Der Verein steht ganz auf dem Boden des Flottengesetzes. Deutschland baut seine Kriegsschiffe gegen seinen bestimmten Gegner, sondern nur als Mittel zur Selbsterhaltung. Wir wollen mit allen Kulturländern im Frieden leben, werden uns aber auch durch keine Drohungen vom Auslande her betreiben lassen. — Konter-Admiral Weber wünschte baldige geschäftsstarke Panzerung der fünf ungepanzerten Kreuzer der Herta-Klasse und die Schaffung der im Gesetz vorgesehenen Reserve-Formationen. Er ging dann auf die Möglichkeit eines Krieges mit England ein, von dem er wünsch-